



Ausarbeitung

Informationsaustausch bei Doppelbesteuerungsabkommen (DBA), Tax Information Exchange Agreements (TIEAs) und im Rahmen der EU-Zinsrichtlinie



Informationsaustausch bei Doppelbesteuerungsabkommen (DBA), Tax Information Exchange Agreements (TIEAs) und im Rahmen der EU-Zinsrichtlinie

Verfasser:



Aktenzeichen:

WD 4 – 3000 - 121/12

Abschluss der Arbeit:

19. Juni 2012

Fachbereich:

WD 4: Haushalt und Finanzen

Telefon:



Inhaltsverzeichnis

1.	Welche allgemeinen Möglichkeiten/Verfahren/Varianten des Informationsaustausches in Steuersachen existieren derzeit, wie sind diese umgesetzt und welche werden mit welchen Staaten angewendet?	4
2.	Worin unterscheiden sich die Möglichkeiten des Informationsaustausches nach Doppelbesteuerungsabkommen und TIEA?	8
3.	EU-Zinsrichtlinie	9
3.1.	Anwendungsbereich	9
3.2.	Verfahren	9
3.3.	Stand der Umsetzung	10
4.	Diskussion über die Ausweitung der EU-Zinsrichtlinie	11
5.	Technische und institutionelle Abwicklung des Informationsaustauschs	14
5.1.	Zuständigkeiten	14
5.2.	Amtshilfeweg	14
5.3.	Zahlen, Statistiken	15
6.	Besonderheiten des Informationsaustausches in Steuersachen einzelner Staaten	16
6.1.	Schweiz	16
6.2.	Österreich	16
6.3.	Luxemburg	17
6.4.	Liechtenstein	18
6.5.	Monaco	18
6.6.	San Marino	19
6.7.	Andorra	19
6.8.	Insel Man/	20
6.9.	Vatikanstaat	20
6.10.	Kanalinseln (Guernsey; Jersey)	20

1. Welche allgemeinen Möglichkeiten/Verfahren/Varianten des Informationsaustausches in Steuersachen existieren derzeit, wie sind diese umgesetzt und welche werden mit welchen Staaten angewendet?

Für eine zwischenstaatliche Amtshilfe durch Auskunftsaustausch in Steuersachen gibt es verschiedene Möglichkeiten, die auf unterschiedlichen Rechtsgrundlagen beruhen und verschiedene Steuerarten umfassen sowie einzelne oder mehrere Verfahrensarten vorsehen können. Die wesentlichen Arten sind im Folgenden kurz dargestellt.¹ Entscheidend ist auch, welche Staaten - Mitgliedstaaten der Europäischen Union, OECD- oder Nicht-OECD- Mitglieder - miteinander kooperieren wollen. Hinsichtlich der Rangfolge der Rechtsgrundlagen gilt im Verhältnis zwischen EU-Mitgliedstaaten, dass die Regelungen der Europäischen Union grundsätzlich Vorrang vor den Doppelbesteuerungsabkommen haben. Ist die Auskunftsklausel nach den jeweiligen DBA jedoch weiter gefasst als die EU-Regelung, hat das Doppelbesteuerungsabkommen Vorrang.²

- Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung

Ein Doppelbesteuerungsabkommen als völkerrechtlicher Vertrag sieht regelmäßig den Auskunftsaustausch in Steuersachen vor. Orientiert sich das Abkommen am OECD-Musterabkommen (OECD-MA), finden sich die entsprechenden Vereinbarungen in Artikel 26 des Abkommens. Die Auskünfte im Rahmen eines Doppelbesteuerungsabkommen können stets die Einkommen- und die Körperschaftsteuer, regelmäßig auch die Gewerbe-, Vermögen- und Grundsteuer sowie die Erbschaftsteuer oder alle Steuern umfassen, die vom Vertragsstaat erhoben werden. Der Auskunftsaustausch bei der Erbschaftsteuer kann auch in einem eigenen DBA geregelt sein.

Bei DBA wird zwischen großem und kleinem Auskunftsaustausch unterschieden: Beim großen Auskunftsaustausch werden alle Auskünfte übermittelt, die zur Anwendung des DBA oder zur Anwendung des innerstaatlichen Rechts über die Steuern notwendig sind, die unter das Abkommen fallen. Bei einem kleinen Auskunftsaustausch dürfen nur Auskünfte erbeten und übermittelt werden, die zur Durchführung des Doppelbesteuerungsabkommens selbst notwendig sind.

Mit welchen Staaten Deutschland Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen hat, ergibt sich aus Anlage 1.³

1 Sofern nichts anderes angegeben, wird im Folgenden verwendet: Bundesministerium der Finanzen: Merkblatt zur zwischenstaatlichen Amtshilfe durch Auskunftsaustausch in Steuersachen vom 25. Januar 2006, Bundessteuerblatt 2006, Teil 1, Seite 29ff.

2 Dazu und zu Einzelfragen bei Konkurrenzen der verschiedenen Vorschriften vgl.: Seer, Roman; Gabert, Isabel: Der internationale Auskunftsverkehr in Steuersachen, in: Steuer und Wirtschaft 1/2010, Seite 11, unter: http://www.kompetenzzentrum-steuerrecht.de/v1/cms/upload/Publikationen/2010/Seer_Stuw_2010_3.pdf, abgerufen am 12. Juni 2012.

3 Bundesministerium der Finanzen: Stand der Doppelbesteuerungsabkommen und der Doppelbesteuerungsverhandlungen am 1. Januar 2012, unter: http://www.bundesfinanzministerium.de/nr_73738/DE/BMF_Startseite/Aktuelles/BMF_Schreiben/Internationales_Steuerrecht/016_a.templateId=raw.property=publicationFile.pdf, abgerufen am 11. Juni 2012.

- Besondere Amts- und Rechtshilfevereinbarungen

Deutschland hat mit einigen (europäischen) Staaten Amts- und Rechtshilfevereinbarungen getroffen, die über die üblichen Auskunftsklauseln im DBA hinausgehen können. So lässt zum Beispiel die Vereinbarung mit Österreich eine Verkürzung des Amtshilfeweges zu. Gegenstand der Vereinbarungen kann auch der große Auskunftsaustausch sein.

- EG-Amtshilfe-Richtlinie⁴ und EG-Amtshilfe-Gesetz⁵

Die Finanzbehörden der EU-Mitgliedstaaten leisten sich gegenseitig Amtshilfe durch Auskunftsaustausch nach Maßgabe der EG-Amtshilfe-Richtlinie. Die Pflicht zur Auskunft erstreckt sich auf die Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen sowie die Steuern auf Versicherungsprämien. Als Steuern vom Einkommen und Vermögen gelten in Deutschland Einkommen-, Körperschaft-, Vermögen-, Gewerbe- und Grundsteuer (Artikel 1). Verfahrenseitig ist eine Auskunft auf Ersuchen im Einzelfall (Artikel 2) möglich. Die zuständigen Behörden können sich aber auch regelmäßig Auskünfte für Gruppen von Einzelfällen erteilen (Automatischer Auskunftsaustausch nach Artikel 3). Ebenso möglich ist der spontane Auskunftsaustausch nach Artikel 4. Er kommt insbesondere dann zum Tragen, wenn die Vermutung auf Steuerverkürzung oder Steuergestaltung besteht. Zur Durchführung des Austausches ist es auch erlaubt, Bedienstete der Steuerverwaltung des interessierten Staates hinzuzuziehen (Artikel 6) oder gleichzeitige Prüfungen in den Mitgliedstaaten abzuhalten (Artikel 8b). Deutschland ist aufgrund des EG-Amtshilfe-Gesetzes (EGAHiG) zum Auskunftsaustausch verpflichtet.

- Amtshilfe-Verordnung für die Mehrwertsteuer

Die EG-Verordnung des Rates vom 7. Oktober 2003 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer⁶ hat nach Artikel 1 im Wesentlichen das Ziel, Regeln und Verfahren festzulegen, nach denen die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten untereinander zusammenarbeiten und einander Auskünfte erteilen, die für die korrekte Festsetzung der Mehrwertsteuer geeignet sind. Der Austausch kann auf Ersuchen unter

-
- 4 Richtlinie 77/799/EWG des Rates vom 19. Dezember 1977 über die Amtshilfe zwischen den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten im Bereich der direkten Steuern und der Steuern auf Versicherungsprämien, abrufbar unter <http://beck-online.beck.de/Default.aspx?words=RL+77%2F799%2FEWG&btsearch.x=42&btsearch.x=0&btsearch.y=0>, abgerufen am 13. Juni 2012.
- 5 Gesetz zur Durchführung der EG-Richtlinie über die gegenseitige Amtshilfe im Bereich der direkten Steuern, bestimmter Verbrauchsteuern und der Steuern auf Versicherungsprämien (EG-Amtshilfe-Gesetz - EGAHiG), abrufbar unter: <http://beck-online.beck.de/Default.aspx?words=EGAHiG&btsearch.x=42&btsearch.x=0&btsearch.y=0>, abgerufen am 13. Juni 2012.
- 6 Verordnung (EG) Nr. 1798/2003 des Rates vom 7. Oktober 2003 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 218/92, abrufbar bei Beck-Online unter http://beck-online.beck.de/Default.aspx?vpath=bibdata%2Fges%2FEWG_VO_1798_2003%2Fcont%2FEWG_VO_1798_2003.htm, abgerufen am 12. Juni 2012.

Wahrung der Frist und der Form erfolgen (Artikel 5 bis 16). Sie kann jedoch auch ohne vorheriges Ersuchen erfolgen (Artikel 17 bis 21). So ist zum Beispiel ein automatischer Datenaustausch vorgesehen, wenn ein Mitgliedstaat Grund zu der Annahme hat, dass in dem anderen Mitgliedstaat ein Verstoß gegen die Mehrwertsteuer-Vorschriften begangen wurde. Darüber hinaus ist ein spontaner Datenaustausch der zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten möglich (Artikel 19). Außerdem sind nach Artikel 22 bis 27 die Speicherung und der Austausch von Informationen über innergemeinschaftliche Umsätze mithilfe von Datenbanken möglich.

- Verordnung über die gegenseitige Amtshilfe⁷ und Übereinkommen über gegenseitige Amtshilfe und Zusammenarbeit der Zollverwaltungen (Neapel II)⁸

Die Verordnung legt die Voraussetzungen fest, unter denen Behörden, die in den einzelnen Mitgliedstaaten mit der Durchführung der Zollregelung betraut sind, mit denen der anderen Mitgliedstaaten und der Kommission zusammenarbeiten, um die Einhaltung dieser Regelungen zu gewährleisten (Artikel 1 Absatz 1). Auch diese Verordnung sieht eine Amtshilfe auf Antrag bzw. eine Amtshilfe ohne Antrag vor, bei der unter anderem eine „besonders sorgfältige Überwachung“ (Artikel 14 Buchstabe a) erfolgen kann. Artikel 23ff. der Verordnung sieht außerdem die Schaffung eines Zollinformationssystems (ZIS) vor. Außerdem ist in der Verordnung die Errichtung eines Aktennachweissystems für Zollzwecke bestimmt (Artikel 41a ff.).

Das Übereinkommen (Neapel II) sieht in Artikel 1 vor, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union über ihre Zollverwaltungen gegenseitige Amtshilfe leisten, um Zuwiderhandlungen gegen nationale Zollvorschriften zu verhindern und zu ermitteln. Zuwiderhandlungen gegen gemeinschaftliche und nationale Zollvorschriften sollen verfolgt und geahndet werden. Artikel 9 schreibt vor, dass die Amtshilfeersuchen stets schriftlich zu stellen sind und bestimmte Angaben enthalten müssen. Deutschland hat das Übereinkommen noch nicht ratifiziert, wendet es aber an.

- EU-Zinsrichtlinie

Vergleiche Kapitel 3

- Rechts- und Amtshilfe mit Staaten außerhalb der Europäischen Union

Deutschland hat nach über 20 Jahren, im April 2008, das „Übereinkommen über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen des Europarates und der OECD“ vom 25. Januar 1988 unterzeichnet. Damit könnte Deutschland neben dem einzelnen DBA mit dem jeweiligen Staat ein solches Übereinkommen schließen. Es gilt unter anderem für Steuern auf Einkommen,

7 Verordnung (EG) Nr. 515/97 des Rates vom 13. März 1997 über die gegenseitige Amtshilfe zwischen Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten und die Zusammenarbeit dieser Behörden mit der Kommission im Hinblick auf die ordnungsgemäße Anwendung der Zoll- und der Agrarregelung, abrufbar unter http://beck-online.beck.de/Default.aspx?vpath=bibdata%2Fges%2FEWG_VO_515_97%2Fcont%2FEWG_VO_515_97.htm, abgerufen am 13. Juni 2012.

8 Abrufbar unter http://europa.eu/legislation_summaries/customs/l33051_de.htm, abgerufen am 12. Juni 2012.

Gewinn, Kapitalgewinn, Reinvermögen, Erbschaft, Schenkung, Umsatz sowie auf Kraftfahrzeuge. Außerdem können auch Abfragen zur Sozialversicherungspflicht getätigt werden.⁹

- Informationsaustausch zwischen OECD-Staaten und mit von der OECD als Steueroasen eingestuften Staaten

Im Jahr 2002 wurde eine nicht bindende Vereinbarung freigegeben, die Modelle für bilaterale Abkommen zum Vorgehen gegen schädliche Steuerpraktiken beinhaltet. Nach einem solchen Abkommen über den Informationsaustausch in Steuersachen (TIEA)¹⁰ leisten die zuständigen Behörden der Vertragsparteien einander Unterstützung durch den Austausch von Informationen (Artikel 1). Dafür ist nach Artikel 5 ein Ersuchen notwendig, mit dem auch Informationen von Banken oder Auskünfte über Eigentumsverhältnisse an Gesellschaften usw. angefordert werden können. Deutschland hat mit folgenden Ländern TIEAs vereinbart:

Andorra, Anguilla, Bermuda, Britische Jungferninseln, Kaimaninseln, Dominica, Gibraltar, Grenada, Guernsey, Insel Man, Jersey, Liechtenstein, Monaco, St. Lucia, St. Vincent und Grenadinen, Turks und Caicos Inseln.

- Auskunftsaustausch ohne völkerrechtliche Vereinbarungen und Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften

§ 117 Absatz 3 Abgabenordnung sieht vor, dass die deutschen Behörden gegenüber ersuchenden ausländischen Behörden auch dann Auskunft ggf. über alle Steuern geben können, wenn keine bilateralen oder multilateralen Vereinbarungen vorliegen. Allerdings müssen unter anderem die Gegenseitigkeit verbürgt und die sachgemäße Verwendung der Informationen und die Vermeidung der Doppelbesteuerung gesichert sein.

9 OECD Centre for Tax Policy and Administration: Convention on Mutual Administrative Assistance in Tax Matters, unter: http://www.oecd.org/document/57/0,3746,en_2649_33767_2489998_1_1_1_1,00.html, abgerufen am 12. Juni 2012.

10 Das OECD-Musterabkommen über den Informationsaustausch in Steuersachen ist bei Beck-Online unter http://beck-online.beck.de/Default.aspx?vpath=bibdata%2Fges_dba%2FOECDMAbk%2Fcont%2FOECDMAbk.htm abrufbar, abgerufen am 12. Juni 2012.

2. Worin unterscheiden sich die Möglichkeiten des Informationsaustausches nach Doppelbesteuerungsabkommen und TIEA?¹¹

Die beiden Musterabkommen dienen, wie oben dargestellt, unterschiedlichen Zwecken. Doppelbesteuerungsabkommen werden meistens zwischen kooperativen Staaten geschlossen und sind bei der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung notwendiges Instrument. Die Vorschläge zu einem TIEA stellen ein Angebot an Staaten dar, die vermeintliche wirtschaftliche Vorteile durch ein ausgeprägt geschütztes Steuer- und Bankgeheimnis nicht aufgeben wollen. Insofern unterscheiden sich Form, Inhalt und Umfang der Informationsaustausche.

Bezüglich der Möglichkeiten der Abfragen unterscheidet sich das „OECD-Musterabkommen über den Informationsaustausch in Steuersachen“ (im Folgenden OECD-Musterabkommen Informationsaustausch) vom „OECD-Musterabkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen“ (im Folgenden OECD-Musterabkommen) darin, dass nur auf Ersuchen Auskünfte zu erteilen sind. Bei einem Doppelbesteuerungsabkommen sind laut OECD-Kommentar Auskünfte auf Ersuchen, automatisch und unaufgefordert zu leisten. Darüber hinaus ist es bei einem Doppelbesteuerungsabkommen möglich, gleichzeitige Prüfungen in den Vertragsstaaten oder eine Steuerprüfung im Ausland durchzuführen und einen branchenweiten Informationsaustausch zu pflegen.

Das OECD-Musterabkommen schlägt einen großen Auskunftsaustausch vor. Im OECD-Kommentar heißt es, dass ein möglichst weitgehender Informationsaustausch eine geeignete Grundlage für die Durchführung des innerstaatlichen Steuerrechts der Vertragsstaaten bilden soll. Artikel 1 OECD-Musterabkommen Informationsaustausch sieht nur den Austausch von Informationen vor, die für die Durchführung des Rechts der unter das Abkommen fallenden Steuern voraussichtlich erheblich sind.

Deshalb benennt Artikel 5 des OECD-Musterabkommen Informationsaustausch selbst genau Institutionen, die befragt werden können, und die Arten der Auskünfte. Besonderer Wert wird auf die Darstellung von rechtlichem und wirtschaftlichem Eigentum, Eigentumsverhältnissen und Eigentumsketten, insbesondere von Trusts und Stiftungen, gelegt. In Absatz 5 von Artikel 26 OECD-Musterabkommen wird lediglich bestimmt, dass Informationen nicht mit Hinweis darauf verweigert werden können, dass sie im Besitz einer Bank oder eines Treuhänders sind.

11 OECD-Kommentar zum OECD-Musterabkommen 2008 zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Vermögen, hier Artikel 26: Informationsaustausch, unter: http://beck-online.beck.de/Default.aspx?vpath=bibdata/komm/DebWasKoDBA_117/OECD_MUSTERABK/cont/DebWasKoDBA_OECD_MUSTERABK.a26.glA.htm, und: OECD-Kommentar zum OECD-Musterabkommen über den Informationsaustausch in Steuersachen, hier Artikel 5: Informationsaustausch auf Ersuchen, unter: http://beck-online.beck.de/Default.aspx?vpath=bibdata/komm/DebWasKoDBA_117/OECD_MA_InfAust/cont/DebWasKoDBA_OECD_MA_InfAust.a5.glA.htm, beides abgerufen am 14. Juni 2012.

3. EU-Zinsrichtlinie

Zur gemeinsamen Bekämpfung der grenzüberschreitenden Steuerflucht einigten sich die Finanzminister der Europäischen Union auf die EU-Zinsrichtlinie vom 3. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen.¹² Durch einen automatischen Informationsaustausch soll die effektive Besteuerung von Zinserträgen natürlicher Personen in der Europäischen Union sichergestellt werden. Die EU-Zinsrichtlinie ist nur anwendbar auf grenzüberschreitende Zinszahlungen und lässt die innerstaatlichen Regelungen über die Zinsbesteuerung unberührt. Die Mitgliedstaaten können nun Zinserträge von Bürgern mit Wohnsitz in ihrem Staat nach eigenen nationalen Vorschriften besteuern, auch wenn diese Zinserträge in anderen EU-Mitgliedstaaten bzw. in Drittstaaten, abhängigen oder assoziierten Staaten erzielt wurden. Deutschland setzte die Richtlinie mit Erlass der Zinsinformationsverordnung¹³ (ZIV) vom 16. Januar 2004 in deutsches Recht um.

3.1. Anwendungsbereich

Die EU-Zinsrichtlinie erfasst alle Zinserträge des „wirtschaftlichen Eigentümers“. Das ist jede natürliche Person, die eine Zinszahlung vereinnahmt oder zu deren Gunsten eine Zinszahlung erfolgt (Art. 2 EU-Zinsrichtlinie). Zahlungen an Kapitalgesellschaften oder andere juristische Personen werden daher nicht vom persönlichen Anwendungsbereich der Richtlinie erfasst. Räumlich gilt die Zinsrichtlinie nur für Zinszahlungen durch so genannte Zahlstellen, die in der EU niedergelassen sind. Eine Zahlstelle ist gem. Art. 4 EU-Zinsrichtlinie derjenige Wirtschaftsbeteiligte, der dem wirtschaftlichen Eigentümer Zinsen zahlt oder eine Zinszahlung zu dessen Gunsten einzieht. Zahlstellen sind hierbei insbesondere Banken und Sparkassen. Sachlich erfasst werden von der Richtlinie Zinszahlungen. Als Zinszahlungen gelten dabei auf ein Konto gezahlte oder auf einem Konto gutgeschriebene Zinsen, die mit Forderungen jeglicher Art zusammenhängen, unbeschadet davon, ob diese Forderungen hypothekarisch gesichert sind oder ein Recht auf Beteiligung am Gewinn des Schuldners gegenständlich ist (Art. 6 Abs. 1 EU-Zinsrichtlinie). Dazu zählen insbesondere Erträge aus Staatspapieren, Anleihen und Schuldverschreibungen einschließlich der mit diesem Titel verbundenen Prämien und Gewinne. Ferner sind in den Regelungsbereich der Richtlinie Zinserträge aus Investmentfonds einbezogen.

3.2. Verfahren

Grundsätzlich gilt in der EU der automatische Informationsaustausch über Zinserträge von EU-Bürgern. So genannte **Kontrollmitteilungen** ermöglichen einen automatischen Informationsaustausch über die in den anderen Ländern erzielten Zinseinkünfte von Steuer-Inländern (Art. 9 EU-Zinsrichtlinie).

Den Mitgliedstaaten Belgien (bis zum 31. Dezember 2009), Luxemburg und Österreich wurde wegen ihres innerstaatlichen Bankgeheimnisses für einen Übergangszeitraum gestattet, anstelle des Informationsaustausches eine **Quellensteuer** auf die von Ausländern erzielten Zinseinkünfte einzubehalten (Art. 11 EU-Zinsrichtlinie). Diese Übergangsregelung ist solange anzuwenden, bis

12 Richtlinie 2003/48/EG des Rates vom 3. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen (ABl. EU L 157 vom 26. Juni 2003, S. 38-48).

13 Zinsinformationsverordnung (ZIV) vom 26. Januar 2004 (BGBl. I, S. 128), zuletzt geändert durch Verordnung vom 5. November 2007 (BGBl. I, S. 2562).

die Schweiz, Andorra, Lichtenstein, Monaco sowie San Marino eine effektive und umfassende Auskunftserteilung bei Zinszahlung auf Anfrage gewährleisten und der Rat der EU einstimmig zu der Auffassung gelangt, dass sich die Vereinigten Staaten von Amerika zur Auskunftserteilung auf Anfrage im Sinnes des Musterabkommens der OECD verpflichtet haben. Die drei Mitgliedstaaten dürfen jedoch Informationen von anderen Mitgliedstaaten erhalten. Die Quellensteuer, die diese drei Mitgliedstaaten erheben dürfen, beträgt zunächst 15 %, steigt im Jahr 2008 auf 20 % und ab dem Jahr 2011 auf 35 % an. Der größte Teil – 75 % der Einnahmen aus dieser Steuer – ist an den Mitgliedstaat, in dem der wirtschaftliche Eigentümer der Zinsen ansässig ist, weiterzuleiten. Der Wohnsitzstaat hat dafür zu sorgen, dass eine Doppelbesteuerung vermieden wird (Art. 14 EU-Zinsrichtlinie). In der Regel erfolgt dies durch die Anrechnung der Quellensteuer im Wohnsitzstaat.

Die von der EU abhängigen oder assoziierten Staaten führen auch einen automatischen Informationsaustausch oder eine Quellensteuer ein. Dabei haben sich Andorra, Liechtenstein, Monaco, San Marino und die Schweiz zur Umsetzung gleichwertiger Maßnahmen wie Belgien, Luxemburg und Österreich verpflichtet.¹⁴

Die von der zuständigen Behörde des Quellenstaates gesammelten Informationen müssen mindestens einmal im Jahr binnen sechs Monaten nach dem Ende des Steuerjahres der zuständigen Behörde des Mitgliedstaates, in dem der wirtschaftliche Eigentümer ansässig ist, übermittelt werden (Art. 9 Abs. 2 EU-Zinsrichtlinie). Dabei sind gewisse Mindestinformationen mitzuteilen (Art. 8 Abs. 1 EU-Zinsrichtlinie), wie zum Beispiel

- Identität und Wohnsitz des wirtschaftlichen Eigentümers,
- Name und Anschrift der Zahlstelle,
- Kontonummer des wirtschaftlichen Eigentümers oder, in Ermangelung einer solchen, Kennzeichen der Forderungen, aus der die Zinsen herrühren, sowie
- Auskünfte zur Zinszahlung.

3.3. Stand der Umsetzung

Nach dem Bericht der EU-Kommission vom 15. September 2008 haben alle EU-Mitgliedstaaten die Richtlinie umgesetzt.¹⁵ Die Richtlinie wird in fünf weiteren europäischen Staaten (Andorra, Liechtenstein, Monaco, San Marino und Schweiz) und verschiedenen EU-Staaten angeschlossenen und assoziierten Gebieten angewandt.¹⁶

14 Monatsbericht des BMF Oktober 2007, Die EU-Richtlinie zur Besteuerung ausländischer Zinserträge, S. 52.

15 Europäische Kommission, Die Umsetzung der Zinsbesteuerungsrichtlinie, abrufbar unter: http://ec.europa.eu/taxation_customs/taxation/personal_tax/savings_tax/implementation/index_de.htm, zuletzt abgerufen am 11.06.2012.

16 Vgl. hierzu auch die Länderaufstellung beim Bundeszentralamt für Steuern, Kurzübersicht über die aktuellen Abkommen mit anderen Staaten zur Datenübermittlung nach der Zinsinformationsverordnung (ZIV), Stand: April 2012, abrufbar unter: http://www.bzst.de/DE/Steuern_International/EU_Zinsrichtlinie/Merkblaetter/Allgemein_Merkblaetter/Laender_aufstellung.html?nn=23300, zuletzt abgerufen am 11.06.2012.

4. Diskussion über die Ausweitung der EU-Zinsrichtlinie

Die Europäische Kommission hat am 13. November 2008 einen Vorschlag zur Änderung der Zinsbesteuerungsrichtlinie angenommen.¹⁷ Dadurch soll die Besteuerung von Zinszahlungen, die durch zwischengeschaltete, steuerbefreite Strukturen geleitet werden, besser gewährleistet sein. Die Änderung sieht außerdem vor, dass die Richtlinie auf Einkünfte ausgedehnt werden soll, die Zinsen aus Anlagen in bestimmten Finanzinnovationen sowie bestimmten Lebensversicherungsprodukten entsprechen. Grundlage für die Änderungen war ein erster Bericht nach Konsultation der Mitgliedstaaten in den Bereichen direkte Steuern und Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden. Es wurde eine Expertengruppe zur Besteuerung von Zinserträgen – EUSD-Gruppe eingerichtet, die die Kommission bei der Überprüfung der Anwendung der Zinsbesteuerungsrichtlinie durch die Konsultation mit Marktbeteiligten unterstützen soll. Die EUSD-Gruppe setzt sich aus Steuerexperten aus Banken, Versicherungen, Investmentfonds, Vermögensverwaltungen und verwandten Branchen der Europäischen Union zusammen. Ihr Mandat ist bis zum 30. Juni 2012 verlängert worden. Sie soll folgende Themenbereiche prüfen:

„Mögliche Referenzen zum tatsächlichen wirtschaftlichen Eigentümer im Falle von über indirekte Anlagevehikel geleistete Zahlungen, und genauere Regeln für die Bestimmung des gegenwärtigen Wohnorts des wirtschaftlichen Eigentümers für Zwecke der Richtlinie;“

„Anwendung der Richtlinie auf Zahlungen, die an Trusts oder an Finanzvehikel mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die für Steuerzwecke als transparent gelten, geleistet wurden;“

„eine genauere Definition von Zinszahlungen im Rahmen der Richtlinie zur Sicherstellung einer Gleichbehandlung von Erträgen aus Schuldforderungen und Erträgen aus einigen anderen Finanzprodukten, die mit Schuldforderungen als vergleichbar angesehen werden;“

„eine genauere Bestimmung des Begriffs Investmentfonds zur Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs zwischen Investmentfonds im Rahmen der Richtlinie.“

„Sicherzustellen, dass sowohl die Änderungsrichtlinie, sofern diese angenommen wird, als auch die nationalen Umsetzungsregelungen dem Ziel der Kommission gerecht werden, den Verwaltungsaufwand der Marktteilnehmer zu begrenzen.“

„Die Kommission dabei zu unterstützen, eine Sammlung von geeigneten Statistiken der Marktteilnehmer aufzubauen, um so im Rahmen der nächsten Überprüfung der Richtlinie im Jahre 2011 eine genauere Kosten-Nutzen-Rechnung vornehmen zu können.“

„Bewertung der Richtlinie mit dem Ziel die Anfangsinvestition sowie die laufenden Kosten infolge der Richtlinienumsetzung der Zinsbesteuerungsrichtlinie hinsichtlich der verschiedenen Kategorien der schon tatsächlich oder möglicherweise betroffenen Marktteilnehmer zu ermitteln.“

17 Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2003/48/EG im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen (KOM(2008) 727 endgültig - 2008/0215 (CNS)), unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0727:FIN:DE:PDF>, abgerufen am 19. Juni 2012.

„Bewertung möglicher Ausweichreaktionen zu Sparangeboten, um die mit den von der Richtlinie erfassten vergleichbaren Sparangeboten zu vergleichen.“¹⁸

Die Europäische Kommission hat im Anschluss an die zweite Überprüfung der Richtlinie am 2. März 2012 einen Bericht an den Rat verabschiedet. Nach ihrer Meinung stützen die wichtigsten Ergebnisse der Überprüfung – nämlich die weitverbreitete Nutzung von Offshore-Gebieten durch Intermediäre und das Wachstum der Schlüsselmärkte für die mit Schuldforderungen vergleichbaren Produkte – die vorgebrachte Argumentation für eine Ausweitung des Geltungsbereichs nicht nur der Richtlinie, sondern auch der relevanten Abkommen. Es habe sich zwar die freiwillige Einhaltung der Vorschriften verbessert, außerdem gebe es bewährte Verfahren, mit denen der jeweilige Mitgliedstaat des wirtschaftlichen Eigentümers größeren Nutzen aus den ausgetauschten Informationen ziehen könne, die Datenqualität habe sich verbessert und die zusätzlichen Verwaltungskosten scheinen sich in Grenzen zu halten. Allerdings sei die Menge der ausgetauschten Daten sehr unterschiedlich, was eine vertiefte Erhebung bei den Zahlstellen bedeuten könne.¹⁹

Das Europäische Parlament hat seine Stellungnahme zum Gesetzgebungsvorschlag am 24. April 2009 abgegeben. Es hat insbesondere vorgeschlagen, dass sich Zinszahlungen gemäß der Richtlinie grundsätzlich auf sämtliche Einnahmen aus Kapitalanlagen, bei denen die Rendite im Voraus festgelegt wird und die Rendite im Wesentlichen aus einer Transaktion stammt, die einer Zinszahlung gleichwertig ist, erstrecken (Artikel 6 Absatz 1 neu). Die Änderungen der Richtlinie sollten sich außerdem auf Zinszahlung aus Wertpapieren erstrecken, die sechs Monate nach Veröffentlichung der Richtlinie begeben wurden. Die Kommission wollte als Ausgabetag den 1. Dezember 2008 festlegen (Artikel 6 Absatz 9). Artikel 12 Absätze 1 und 2 der Richtlinie sollten nach Meinung des Europäischen Parlaments dahingehend geändert werden, dass die Mitgliedstaaten, die eine Quellensteuer erheben, zehn Prozent der Einnahmen behalten und 90 Prozent an den Mitgliedstaat weiterleiten, in dem der wirtschaftliche Eigentümer der Zinsen ansässig ist. Die Richtlinie sieht die Aufteilung 25 zu 75 Prozent vor. In Artikel 18 soll festgeschrieben werden, dass die Kommission dem Europäischen Parlament bis zum 31. Dezember 2010 eine vergleichende Studie über die Vor- und Nachteile des Informationsaustausch bzw. zur Quellensteuer vorlegt. Damit solle die Bewertungsgrundlage für eine Erweiterung der Richtlinie auf alle Kapitalerträge einschließlich auf Dividenden und Kapitalgewinne sowie auf Zahlungen an juristische Personen geschaffen werden. Das Europäische Parlament forderte außerdem in einer Ergänzung der vorangestellten Erwägungen die Gemeinschaft auf, Schritte zu unternehmen, um mit Hongkong, Singapur und andere Staaten und Gebieten, die in einem Anhang zu der Entschließung genannt sind, eine Vereinbarung über die Anwendung der Maßnahmen der Richtlinie zu treffen.

18 Europäische Kommission – Steuern und Zollunion: Überprüfung der Zinsbesteuerungsrichtlinie, Erste Überprüfung und Änderungsvorschlag, unter: http://ec.europa.eu/taxation_customs/taxation/personal_tax/savings_tax/savings_directive_review/index_de.htm, abgerufen am 19. Juni 2012.

19 Europäische Kommission – Steuern und Zollunion: Zweite Überprüfung der Richtlinie über die Besteuerung von Zinserträgen, unter: http://ec.europa.eu/taxation_customs/taxation/personal_tax/savings_tax/second_savings_directive_review/index_de.htm, abgerufen am 19. Juni 2012.

Sonst könne die Kapitalflucht in Richtung dieser Staaten die Verwirklichung der Ziele der Richtlinie gefährden.²⁰

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA), in dem Vertreter aus allen EU-Mitgliedstaaten vertreten sind und der als beratendes Organ der Europäischen Union fungiert, hat am 13. Mai 2009 zu den Änderungsvorschlägen der EU-Kommission Stellung genommen. Er hat die Änderungsvorschläge der EU-Kommission ausdrücklich begrüßt, aber vor administrativen und rechtlichen Komplikationen gewarnt. Es entstehe ein hoher Verwaltungsaufwand, zum Beispiel durch die Feststellung der Identität und des Steuerwohnsitzes auch des wirtschaftlichen Eigentümers. Es würden genaue und umfassende Prüfungen notwendig, die im Übrigen über die Bestimmungen in der Richtlinie zur Bekämpfung der Geldwäsche hinausgingen. Verwaltungsaufwand und Prüfungsnotwendigkeit erzeugten hohe Kosten, die letztendlich zu Lasten der Verbraucher und des Marktes insgesamt gingen. Darüber hinaus dürften die neuen Vorschriften nicht einseitig und ausschließlich von der EU ohne Vereinbarung mit Drittländern, vor allem mit den wichtigsten Finanzplätzen der Welt, angewandt werden, um eine Verlagerung von Transaktionen (Kapitalflucht) und damit Wettbewerbsnachteile zu verhindern. Der EWSA regt zudem an, den Geltungsbereich der Richtlinie nicht auf allgemeine Lebensversicherungen, Renten und Ruhegehälter auszuweiten, weil diese Produkte der langfristigen Risikodeckung dienen. Zudem sei es bei diesen Produkten schwierig, die Höhe des zu veranlagenden Betrags bzw. die Steuerbemessungsgrundlage zu berechnen.²¹

Das Thema Änderung der Zinsrichtlinie wurde im Februar 2012 auf Betreiben der dänischen Ratspräsidentschaft von der Tagesordnung des ECOFIN-Rates gestrichen.²² Auf der Sitzung des ECOFIN-Rates im März konnte keine Einigung über ein Verhandlungsmandat für die Revision der im Jahr 2004 geschlossenen EU-Zinsabkommen mit der Schweiz, Liechtenstein, Monaco, Andorra und San Marino erzielt werden. Zwei Mitgliedstaaten hätten die Erteilung des Mandats in der von der Präsidentschaft vorgelegten Form abgelehnt, weil sie daraus einen Zwang zum Übergang in den automatischen Informationsaustausch ableiten. Die Präsidentschaft habe angekündigt, dem Europäischen Rat im Juni zu berichten, dass keine Fortschritte bei diesem Dossier erzielt werden konnten.²³

-
- 20 Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 24. April 2009 zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2003/48/EG im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen (KOM(2008)0727 – C6-0464/2008 – 2008/0215(CNS)), unter: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+20090424+ITEMS+DOC+XML+V0//DE&language=DE#sdocta17>, abgerufen am 19. Juni 2012.
- 21 Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu dem „Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2003/48/EG im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen“ vom 13. Mai 2009, unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2009:277:0109:0111:DE:PDF>, abgerufen am 19. Juni 2012.
- 22 Bundesminister der Finanzen Dr. Wolfgang Schäuble in der nicht-öffentlichen Sitzung des Finanzausschusses am 29. Februar 2012, siehe Protokoll Seite 48.
- 23 Bundesministerium der Finanzen: Monatsbericht Mai 2012, unter: <http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Monatsberichte/2012/05/Inhalte/Kapitel-2-Uebersichten/2-6-europaeische-wirtschafts-und-finanzpolitik.htm>, abgerufen am 19. Juni 2012.

5. Technische und institutionelle Abwicklung des Informationsaustauschs

5.1. Zuständigkeiten

Nach § 5 Abs. 1 Nr. 5 Finanzverwaltungsgesetz (FVG) hat das Bundesministerium der Finanzen (BMF) seine Zuständigkeit für den Verkehr mit ausländischen Finanzbehörden auf das Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) übertragen. Das BZSt ist danach zuständig für den internationalen Amtshilfeverkehr in Steuersachen nach den Doppelbesteuerungsabkommen, Informationsaustauschabkommen, anderen Amtshilfevereinbarungen, dem EG-Amtshilfegesetz (EGAHiG), dem EG-Beitreibungsgesetz sowie nach § 117 Abgabenordnung (AO).²⁴

Im Einzelfall kann das BMF bei Auskunftsaustausch auf Ersuchen eine Auskunft durch die zuständige oberste Landesfinanzbehörde zulassen (§ 1 Abs. 2 Satz 1 2. Halbsatz EGAHiG). Auch ist es möglich, dass mit Zustimmung der zuständigen obersten Landesfinanzbehörde der Auskunftverkehr mit ausländischen Finanzbehörden auf eine nachgeordnete Landesbehörde übertragen wird. Ferner kann das BMF in Abstimmung mit der zuständigen obersten Landesfinanzbehörde den Auskunftsaustausch für den Bereich der direkten Steuern auf eine Landesbehörde übertragen (§ 1a Abs. 2 Satz 2 EGAHiG).

Beim Auskunftsaustausch mit Österreich besteht die Besonderheit, dass nach Artikel 4 des deutsch-österreichischen Vertrages über Rechtsschutz und Rechtshilfe in Abgabensachen vom 4. Oktober 1954 (BStBl. I S. 434) der unmittelbare Verkehr zwischen den Oberfinanzdirektionen und den österreichischen Finanzlandesdirektionen zulässig ist.²⁵

5.2. Amtshilfeweg

Der Amtshilfeweg beim Auskunftsaustausch mit ausländischen Finanzbehörden bestimmt sich nach den vorstehend genannten Zuständigkeiten sowie den Dienstwegregelungen der Länder.

Der Auskunftsaustausch erfolgt in der Praxis grundsätzlich mit Formularen, die die mit der Sache befasste inländische Finanzbehörde dem BZSt auf dem Dienstweg vorlegt. Das BZSt übermittelt dann dieses Ersuchen an das Ausland und leitet die Antwort der ausländischen Finanzbehörde auf dem Dienstweg an die anfragende inländische Finanzbehörde weiter. Auskunftersuchen von ausländischen Finanzbehörden sind an das BZSt zu richten, das das Ersuchen an die mit den Ermittlungen zu betrauende örtliche Finanzbehörde (Vornahmebehörde) weiterleitet. Das Ermittlungsergebnis übermittelt die Vornahmebehörde an das BZSt.²⁶

24 Vgl. auch BMF-Schreiben vom 20. Juni 2011 (BStBl. I S. 674) betr. Aufgaben des Bundeszentralamts für Steuern gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 5 FVG.

25 Zu weiteren Einzelheiten vgl. BMF, Merkblatt zur zwischenstaatlichen Amtshilfe durch Auskunftsaustausch in Steuersachen vom 25. Januar 2006 (BStBl. I S. 26), Gliederungspunkt 1.6.1

26 Zu weiteren Einzelheiten vgl. BMF, Merkblatt zur zwischenstaatlichen Amtshilfe durch Auskunftsaustausch in Steuersachen vom 25. Januar 2006 (BStBl. I S. 26), Gliederungspunkt 1.6.2.

Informationen zur Durchführung des automatischen Auskunftsaustausches aufgrund von Verwaltungsvereinbarungen mit anderen EU-Mitgliedstaaten werden unmittelbar von den Finanzämtern dem BZSt übersandt.

5.3. Zahlen, Statistiken

Die nachfolgenden Zahlen sind der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage vom 6. August 2010 entnommen.²⁷

Auskunftsersuchen			
	2007	2008	2009
an Deutschland	1.683	1.190	2.125
aus Deutschland	584	605	478

Spontanauskünfte			
	2007	2008	2009
an Deutschland	958.446	359.716	1.403.001
aus Deutschland	9.206	25.247	26.389

Automatische Auskünfte			
	2007	2008	2009
an Deutschland	232.018	337.905	295.706
aus Deutschland	111.666	34.578	208.730

²⁷ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 06.08.2010, Wirksamkeit der Maßnahmen gegen Steuerflucht und Steueroasen, BT-Drs. 17/2743, S. 9f.

6. Besonderheiten des Informationsaustausches in Steuersachen einzelner Staaten

6.1. Schweiz²⁸

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Der Informationsaustausch ist in Art. 27 des Abkommens geregelt und lehnt sich an Art. 26 OECD-Musterabkommen (OECD-MA) an. Er basiert seit der Rechtsänderung 2010 auf Anwendung der sogenannten „großen Auskunftsklausel“ und ist damit weiter gefasst.

Abweichend zu Art. 26 OECD-MA bestehen in dem Abkommen mit der Schweiz folgende Unterschiede:

- Der Informationsaustausch bezieht sich nicht nur auf die im Doppelbesteuerungsabkommen genannten Steuern, sondern umfasst alle Steuern (auch Erbschaft-, Schenkung- und Umsatzsteuern).²⁹
- Der Informationsaustausch ist auch für die Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts bei Betrugsdelikten möglich.
- Die Informationen dürfen auch in einem verwaltungs- und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren offen gelegt und auch für andere Zwecke verwendet werden.
- Die Steuerbehörden des ersuchten Vertragsstaates haben die Befugnis zur Offenlegung der Informationen.

Neu aufgenommen wurde, dass die Vertragsstaaten zu Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung von Informationsbegehren gegenüber Banken, anderen Finanzinstituten, Bevollmächtigten und Treuhändern sowie zur Ermittlung von Beteiligungsverhältnissen ermächtigt sind.

6.2. Österreich³⁰

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich zur Vermeidung der Doppelsteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Art. 26 des Abkommens lehnt sich an Art. 26 OECD-Musterabkommen (OECD-MA) an und enthält die sogenannte „große Auskunftsklausel“. Danach richtet sich der Informationsaustausch nicht nur auf Fragen im Zusammenhang mit der Durchführung des Abkommens, sondern auch auf Fragen, die das innerstaatliche Recht der Vertragsstaaten betreffen.

Abweichend zu Art. 26 OECD-MA bestehen in dem österreichischen Abkommen folgende Unterschiede:

28 Beck'sche Steuerkommentare/Debatin/Wassermeyer, 117. Auflage 2012, Schweiz, Art. 27, Rn 1-68

29 BKK-Bundesverband: Auskunftsverkehr mit dem Ausland, 2012, S.9

30 Beck'sche Steuerkommentare/Debatin/Wassermeyer, 117. Auflage 2012, Österreich, Art. 26, Rn 1-7

- Die Offenlegung von Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung ist nur dann zulässig, wenn die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaates keine Einwände hat.
- Die weitere Übermittlung von Informationen an andere Stellen ist nur mit Zustimmung der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaates zulässig.
- Ein Vertragsstaat kann nicht zur Erteilung von Informationen verpflichtet werden, wenn das dem „Ordre public“ widerspräche.

6.3. Luxemburg³¹

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern

Der Informationsaustausch ist in Art. 23 und 24 des Abkommens geregelt. Darin ist eine Gesamtregelung der Amts- und Rechtshilfe, die äußerlich über Art. 26 OECD-Musterabkommen (OECD-MA) hinausgeht. Mit Art. 23 Abs. 1 ist eine allgemeine Pflicht zur Amt- und Rechtshilfe begründet. Der Informationsaustausch in Art. 23 beinhaltet hier jedoch nur die sogenannte „kleine Auskunftsklausel“, die gegenüber dem Musterabkommen eingeschränkt ist. Art. 24 regelt eine allgemeine Pflicht zur gegenseitigen Einziehungs- und Beitreibungshilfe.

Zu Art. 26 OECD-MA bestehen in dem Abkommen von Luxemburg folgende Abweichungen:

- Eine Verpflichtung zum Informationsaustausch besteht nur in den definierten Grenzen und damit ist keine Erweiterung der Auskunftspflichten ausgeschlossen.
- Es besteht die Möglichkeit, Auskünfte über nicht abkommensberechtigte Personen zu erteilen, jedoch nur unter der Voraussetzung, dass eine Anfrage gestellt wurde und die Informationen mit der Durchführung des Abkommens im Zusammenhang stehen.
- Die Auskunftsverpflichtung beschränkt sich auf Informationen aus den Steuerakten. Auskunftersuchen können auch bei einem unverhältnismäßig großen Aufwand abgelehnt werden. Es besteht jedoch die Möglichkeit, für die Auskunftserteilung EG-AHG anzuwenden.
- Es fehlt der Hinweis auf Geheimhaltungsvorschriften des ersuchenden Staates. Das heißt, der ersuchende Staat ist nicht verpflichtet, die im Rahmen des Auskunftsverkehrs erlangten Informationen geheim zu halten. Damit ist die Weitergabe der Informationen an Gerichte zu erlauben.
- Es besteht kein Vorbehalt hinsichtlich des „Ordre public“ der Vertragsstaaten, jedoch kann aus Gründen allgemeiner Staatsführung die Auskunft verweigert werden.
- Informationen von Banken müssen nicht weitergeleitet werden.

6.4. Liechtenstein³²

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Fürstentums Liechtenstein über die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch in Steuer-sachen

Der Informationsaustausch ist in Art. 5 geregelt.

Abweichend von Art. 5 OECD-Musterabkommen Informationsaustausch (OECD-MA-InfAust) bestehen folgende Unterschiede:

- Die Auskunftspflichtung ist unabhängig vom Steuerstrafrecht und der Besteuerung in dem ersuchten Staat.
- Die Nachrangigkeit der Amtshilfe wird in diesem Abkommen vorangestellt. Das erfordert zuvor die innerstaatlichen Aufklärungsmöglichkeiten (beispielsweise Befragung, Unterrichtung des Steuerpflichtigen über die Absicht des Auskunftersuchens) auszuschöpfen.
- Die Auskünfte über bestimmte Gesellschaften (Investmentfonds, Trusts, Stiftungen, Anstalten) sind detailliert geregelt.
- Das Auskunftersuchen ist möglichst detailliert, mit Mindestangabe des Zeitraumes der Auskünfte und der Einordnung der voraussichtlichen Erheblichkeit der Informationen, abzufassen.
- Es werden keine konkreten Fristen für die Beantwortung des Ersuchens genannt.

6.5. Monaco³³

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Fürstentum Monaco über die Unterstützung in Steuer- und Steuerstrafsachen durch Informationsaustausch

Der Informationsaustausch ist in Art. 5 des Abkommens geregelt.

Abweichend vom Art. 5 OECD-Musterabkommen Informationsaustausch (OECD-MA-InfAust) bestehen folgende Unterschiede:

- Die Auskunft wird ohne Rücksicht darauf erteilt, ob die ersuchte Vertragspartei die Informationen für eigene steuerliche Zwecke benötigt.
- Die zuständige Behörde der ersuchten Vertragspartei erteilt Informationen nur in dem nach ihrem innerstaatlichen Recht zulässigen Umfang.
- Das deutsche Bankengeheimnis steht der Amtshilfe nicht entgegen. In Einzelfällen haben die Banken den Finanzämtern Auskunft zu erteilen und Daten an ausländische Finanzbehörden weiter zu geben. In Monaco gibt es kein besonderes Bankgeheimnis.
- Auskünfte über Eigentumsverhältnisse unterscheiden sich dahingehend, dass Trusts und Stiftungen nicht aufgezählt sind.
- Der Zeitraum für die Auskunftserteilung ist nicht näher definiert.

32 Beck'sche Steuerkommentare/Debatin/Wassermeyer, 117. Auflage 2012, Liechtenstein, Art. 5, Rn 1-57

33 Beck'sche Steuerkommentare/Debatin/Wassermeyer, 117. Auflage 2012, Liechtenstein, Art. 5, Rn 1-12

- Ein Ausforschungersuchen wird ausdrücklich ausgeschlossen.

6.6. San Marino³⁴

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik San Marino über die Unterstützung in Steuer- und Steuerstrafsachen durch Informationsaustausch

Der Informationsaustausch ist in Art. 5 des Abkommens geregelt.

Abweichend vom Art. 5 OECD-Musterabkommen Informationsaustausch (OECD-MA-InfAust) bestehen folgende Abweichungen:

- Die Informationen werden auch dann erteilt, wenn der ersuchte Vertragsstaat diese Informationen für eigene steuerliche Zwecke benötigt.
- Der Informationsaustausch erfolgt mit der Einschränkung, dass keine Verpflichtung einer Vertragspartei geschaffen wird, Auskünfte über Eigentumsverhältnisse von börsennotierten Gesellschaften oder öffentliche Investmentfonds oder öffentliche Investmentsysteme für gemeinsame Anlagen einzuholen.
- Es fehlt eine konkrete Fristsetzung für die Erledigung des Ersuchens. Es wird lediglich von der ersuchenden Behörde die Nennung eines Zeitraumes für die Auskünfte erbeten.
- Die erbetenen Informationen müssen für die Durchführung des Steuerrechts erheblich sein.

6.7. Andorra³⁵

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Fürstentum Andorra über den Informationsaustausch in Steuersachen

Der Informationsaustausch ist in Art. 5 des Abkommens geregelt.

Abweichend vom Art. 5 OECD-Musterabkommen Informationsaustausch (OECD-MA-InfAust) bestehen Unterschiede in zwei Punkten:

- Der Informationsaustausch erfolgt mit der Einschränkung, dass keine Verpflichtung einer Vertragspartei geschaffen wird, Auskünfte über Eigentumsverhältnisse von börsennotierten Gesellschaften oder öffentliche Investmentfonds oder öffentliche Investmentsysteme für gemeinsame Anlagen einzuholen.
- Es fehlt eine konkrete Fristsetzung für die Erledigung des Ersuchens. Es wird lediglich von der ersuchenden Behörde die Nennung eines Zeitraumes für die Auskünfte erbeten und der Eingang des Ersuchens bestätigt.
- Die erbetenen Informationen müssen für die Durchführung des Steuerrechts erheblich sein.

34 BGBI. II, Nr. 25 vom 07.10.2011, S. 911-912

35 BGBI. II, Nr. 31 vom 08.12.2011, S. 1227-1229

6.8. Insel Man^{36/37}

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Insel Man über die Unterstützung in Steuer- und Steuerstrafsachen durch Auskunftsaustausch

Der Informationsaustausch ist in Art. 4 des Abkommens geregelt.

Art. 4 weicht in folgenden Punkten von Art.5 des OECD-Musterabkommen Informationsaustausch (OECD-MA-InfAust) ab:

- Das Auskunftersuchen wird nur dann gestellt, wenn die Auskünfte nicht durch andere Maßnahmen erlangt werden können.
- Die Gründe für das Auskunftersuchen müssen erheblich sein.
- Es ist für das Auskunftersuchen keine Frist festgesetzt, wie es in Abs. 6 des OECD-MA Informationsaustausch festgelegt ist.
- Die Auskunftserteilung erfolgt mit der Einschränkung, dass keine Verpflichtung einer Vertragspartei geschaffen wird, Auskünfte über Eigentumsverhältnisse von börsennotierten Gesellschaften und öffentlichen Investmentssystemen für gemeinsame Anlagen eingeholt werden.
- Detaillierte Merkmale für die Abfassung des Ersuchens lehnen sich im Wesentlichen an das Musterabkommen an.

6.9. Vatikanstaat

Informationen über Abkommen hinsichtlich des Informationsaustausches nach OECD-MA liegen nicht vor.

6.10. Kanalinseln (Guernsey; Jersey)

Guernsey³⁸

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Guernsey über den Auskunftsaustausch in Steuersachen

Der Informationsaustausch ist in Art. 5 des Abkommens geregelt.

Abweichend vom Art. 5 OECD-Musterabkommen Informationsaustausch (OECD-MA-InfAust) bestehen Unterschiede in folgenden Punkten:

- Das Auskunftersuchen wird nur dann gestellt, wenn die Auskünfte nicht durch andere Maßnahmen im Gebiet der ersuchten Vertragspartei erlangt werden können.

36 BGBl. II, Nr. 23 vom 25.08.2010, S. 960-962

37 R. Seer/I. Gabert: Der internationale Auskunftsverkehr in Steuersachen, in: StuW 1/2010, S. 9-11

38 BGBl. II, Nr. 23 vom 25.08.2010, S. 976-978

- Die Auskunftserteilung erfolgt mit der Einschränkung, dass keine Verpflichtung einer Vertragspartei geschaffen wird, Auskünfte über Eigentumsverhältnisse von börsennotierten Gesellschaften, öffentlichen Investmentfonds und öffentlichen Investmentssystemen für gemeinsame Anlagen einzuholen.
- Es fehlt eine Fristsetzung für die Erledigung des Ersuchens. Es wird lediglich von der ersuchenden Behörde die Nennung eines Zeitraumes für die Auskünfte erbeten.
- Die erbetenen Informationen müssen für die Durchführung des Steuerrechts erheblich sein.

Jersey³⁹

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Jersey über den Auskunftsaustausch in Steuersachen

Der Informationsaustausch ist in Art. 5 des Abkommens geregelt.

Abweichend vom Art. 5 OECD-Musterabkommen Informationsaustausch (OECD-MA-InfAust) bestehen Unterschiede in folgenden Punkten:

- Das Auskunftersuchen wird nur dann gestellt, wenn die Auskünfte nicht durch andere Maßnahmen erlangt werden können.
- Die Auskunftserteilung erfolgt mit der Einschränkung, dass keine Verpflichtung einer Vertragspartei geschaffen wird, Auskünfte über Eigentumsverhältnisse von börsennotierten Gesellschaften, öffentlichen Investmentfonds und öffentlichen Investmentssystemen für gemeinsame Anlagen einzuholen.
- Es fehlt eine Fristsetzung für die Erledigung des Ersuchens. Es wird lediglich von der ersuchenden Behörde die Nennung eines Zeitraumes für die Auskünfte erbeten.
- Die erbetenen Informationen müssen für die Durchführung des Steuerrechts erheblich sein.
- Die ersuchte Vertragspartei würde ggf. ebenfalls ein rechtsgültiges Ersuchen nach dem Abkommen stellen.

- 1 -

IV B 2 / StandDBA01012012

Stand der Doppelbesteuerungsabkommen

1. Januar 2012

I. Geltende Abkommen

Abkommen		Fundstelle				Inkrafttreten				Anwendung
mit	vom	BGBl. II		BStBl I		BGBl. II		BStBl I		grundsätzlich
		Jg.	S.	Jg.	S.	Jg.	S.	Jg.	S.	ab
1. Abkommen auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen										
Ägypten	08.12.1987	1990	278	1990	280	1991	1.042	1992	7	01.01.1992
Algerien	12.11.2007	2008	1.188	2009	382	2009	136	2009	396	01.01.2009
Albanien	06.04.2010	2011	1.186							01.01.2012
Argentinien	13.07.1978/	1979	585	1979	326	1979	1.332	1980	51	01.01.1976
	16.09.1996	1998	18	1998	187	2001	694	2001	540	01.01.1996
Armenien	24.11.1981	1983	2	1983	90	1983	427	1983	352	01.01.1980
<small>(DBA mit UdSSR gilt fort, BGBl. 93 II S. 169)</small>										
Aserbaidschan	25.08.2004	2005	1.146	2006	291	2006	120	2006	304:1	01.01.2006
Australien	24.11.1972	1974	337	1974	423	1975	216	1975	386	01.01.1971
Bangladesch ¹	29.05.1990	1991	1.410	1992	34	1993	847	1993	466	01.01.1990
Belarus (Weißrussland)	30.09.2005	2006	1.042	2007	276	2007	287	2007	290	01.01.2007
Belgien	11.04.1967/	1969	17	1969	38	1969	1.465	1969	468	01.01.1966
	05.11.2002	2003	1.615	2005	346	2003	1.744	2005	348	01.01.2004
Bolivien	30.09.1992	1994	1.086	1994	575	1995	907	1995	758	01.01.1991
Bosnien und Herzegowina	26.03.1987	1988	744	1988	372	1988	1.179	1989	35	01.01.1989
<small>(DBA mit SFR Jugoslawien gilt fort, BGBl. 92 II S. 1.196)</small>										
Bulgarien	25.01.2010	2010	1286	2011	543	2011	584	2011	558	01.01.2011
China	10.06.1985	1986	446	1986	329	1986	731	1986	339	01.01.1985
<small>(ohne Hongkong und Macau)</small>										
Côte d'Ivoire	03.07.1979	1982	153	1982	357	1982	637	1982	628	01.01.1982
Dänemark	22.11.1995	1996	2.565	1996	1.219	1997	728	1997	624	01.01.1997
Ecuador	07.12.1982	1984	466	1984	339	1986	781	1986	358	01.01.1987
Estland	29.11.1996	1998	547	1998	543	1999	84	1999	269	01.01.1994
Finnland	05.07.1979	1981	1.164	1982	201	1982	577	1982	587	01.01.1981
Frankreich	21.07.1959/	1961	397	1961	342	1961	1.659	1961	712	01.01.1957
	09.06.1969/	1970	717	1970	900	1970	1.189	1970	1.072	01.01.1968
	28.09.1989/	1990	770	1990	413	1991	387	1991	93	01.01.1990
	20.12.2001	2002	2.370	2002	891	2003	542	2003	383	01.01.2002
Georgien	01.06.2006	2007	1.034	2008	482	2008	521	2008	494	01.01.2008
Ghana	12.08.2004	2006	1.018	2008	467	2008	51	2008	481	01.01.2008
Griechenland	18.04.1966	1967	852	1967	50	1968	30	1968	296	01.01.1964
Indien	19.06.1995	1996	706	1996	599	1997	751	1997	363	01.01.1997
Indonesien	30.10.1990	1991	1.086	1991	1.001	1991	1.401	1992	186	01.01.1992
Iran, Islamische Republik	20.12.1968	1969	2.133	1970	768	1969	2.288	1970	777	01.01.1970
						1970	282			
Irland	17.10.1962/	1964	266	1964	320	1964	632	1964	366	01.01.1959
	03.06.2011	2011	250			2011	741			01.01.2011
Island	18.03.1971	1973	357	1973	504	1973	1.567	1973	730	01.01.1968
Israel	09.07.1962/	1966	329	1966	700	1966	767	1966	946	01.01.1961
	20.07.1977	1979	181	1979	124	1979	1.031	1979	603	01.01.1970
Italien	18.10.1989	1990	742	1990	396	1993	59	1993	172	01.01.1993
Jamaika	08.10.1974	1976	1.194	1976	407	1976	1.703	1976	632	01.01.1973
Japan	22.04.1966/	1967	871	1967	58	1967	2.028	1967	336	01.01.1967
	17.04.1979/	1980	1.182	1980	649	1980	1.426	1980	772	01.01.1977
	17.02.1983	1984	194	1984	216	1984	567	1984	388	01.01.1981
Jersey (begrenztes DBA)	04.07.2008	2009	589	2010	174	2010	38	2010	178	01.01.2010
Kanada	19.04.2001	2002	671	2002	505	2002	962	2002	521	01.01.2001
Kasachstan	26.11.1997	1998	1.592	1998	1.029	1999	86	1999	269	01.01.1996
Kenia	17.05.1977	1979	606	1979	337	1980	1.357	1980	792	01.01.1980
Kirgisistan	01.12.2005	2006	1.066	2007	233	2007	214	2007	246	01.01.2007
Korea, Republik	10.03.2000	2002	1.630	2003	24	2002	2.855	2003	36	01.01.2003
Kroatien	06.02.2006	2006	1.112	2007	246	2007	213	2007	259	01.01.2007
Kuwait	04.12.1987	1989	354	1989	150	1989	637	1989	268	01.01.84 – 31.12.97
	18.05.1999	2000	390	2000	439	2000	1.156	2000	1.383	01.01.1998
Lettland	21.02.1997	1998	330	1998	531	1998	2.630	1998	1.219	01.01.1996
Liberia	25.11.1970	1973	1.285	1973	615	1975	916	1975	943	01.01.1970
Litauen	22.07.1997	1998	1.571	1998	1.016	1998	2.962	1999	121	01.01.1995
Luxemburg	23.08.1958/	1959	1.269	1959	1.022	1960	1.532	1960	398	01.01.1957
	15.06.1973/	1978	109	1978	72	1978	1.396	1979	83	01.01.1971
	11.12.2009	2010	1.150	2011	837	2011	713	2011	837	01.01.2010
Malaysia	08.04.1977	1978	925	1978	324	1979	288	1979	196	01.01.1971
	23.02.2010	2010	1310	2011	329	2011	464	2011	344	01.01.2011
Malta	08.03.2001	2001	1.297	2002	76	2002	320	2002	240	01.01.2002
	17.06.2010	2011	275	2011	742	2011	640	2011	745	01.01.2012
Marokko	07.06.1972	1974	21	1974	59	1974	1.325	1974	1.009	01.01.1974
Mauritius	15.03.1978	1980	1.261	1980	667	1981	8	1981	34	01.01.1979

Anderungen sind durch seitliche Striche gekennzeichnet

¹ Gilt nicht für die VSt

- 2 -

Fortsetzung siehe nächste Seite

Abkommen		Fundstelle				Inkrafttreten				Anwendung
mit	vom	BGBl. II		BStBl I		BGBl. II		BStBl I		grundsätzlich
		Jg.	S.	Jg.	S.	Jg.	S.	Jg.	S.	ab
(noch 1. Abkommen auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen)										
Mazedonien	13.07.2006	2010	1.153	2011	313	2011	462	2011	327	01.01.2011
Mexiko	23.02.1993	1993	1.966	1993	964	1994	617	1994	310	01.01.1994
	09.07.2008	2009	746			2010	62			01.01.2010
Moldau, Republik	24.11.1981	1983	2	1983	90	1983	427	1983	352	01.01.1980
<small>(DBA mit UdSSR gilt fort, BGBl. 96 II S. 768)</small>										
Mongolei	22.08.1994	1995	818	1995	607	1996	1.220	1996	1.135	01.01.1997
Namibia	02.12.1993	1994	1.262	1994	673	1995	770	1995	678	01.01.1993
Neuseeland	20.10.1978	1980	1.222	1980	654	1980	1.485	1980	787	01.01.1978
Niederlande	16.06.1959/	1960	1.781	1960	381	1960	2.216	1960	626	01.01.1956
	13.03.1980/	1980	1.150	1980	646	1980	1.486	1980	787	01.01.1979
	21.05.1991/	1991	1.428	1992	94	1992	170	1992	382	21.02.1992
	04.06.2004	2004	1.653	2005	364	2005	101	2005	368	01.01.2005
Norwegen	04.10.1991	1993	970	1993	655	1993	1.895	1993	926	01.01.1991
Österreich	24.08.2000/	2002	734	2002	584	2002	2.435	2002	958	01.01.2003
	29.12.2010	2011	1.209							
Pakistan ²	14.07.1994	1995	836	1995	617	1996	467	1996	445	01.01.1995
Philippinen	22.07.1983	1984	878	1984	544	1984	1.008	1984	612	01.01.1985
Polen	14.05.2003	2004	1.304	2005	349	2005	55	2005	363	01.01.2005
Portugal	15.07.1980	1982	129	1982	347	1982	861	1982	763	01.01.1983
Rumänien	04.07.2001	2003	1.594	2004	273	2004	102	2004	286	01.01.2004
Russische Föderation	29.05.1996	1996	2.710	1996	1.490	1997	752	1997	363	01.01.1997
<small>(Änderungsprotokoll)</small>										
	15.10.2007	2008	1.398	2009	831	2009	820	2009	834	01.01.2010
Sambia	30.05.1973	1975	661	1975	688	1975	2.204	1976	7	01.01.1971
Schweden	14.07.1992	1994	686	1994	422	1995	29	1995	88	01.01.1995
Schweiz	11.08.1971/	1972	1.021	1972	518	1973	74	1973	61	01.01.1972
	30.11.1978/	1980	751	1980	398	1980	1.281	1980	678	01.01.1977
	17.10.1989/	1990	766	1990	409	1990	1.698	1991	93	01.01.1990
	21.12.1992/	1993	1.886	1993	927	1994	21	1994	110	01.01.1994
	12.03.2002	2003	67	2003	165	2003	436	2003	329	01.01.02/01.01.04
	27.10.2010	2011	1.090							01.01.11/01.01.12
Serbien	26.03.1987	1988	744	1988	372	1988	1.179	1989	35	01.01.1989
<small>(Namensänderung; ehem. Bundesrepublik Jugoslawien); (DBA mit SFR Jugoslawien gilt fort, BGBl. 97 II S. 961)</small>										
Simbabwe	22.04.1988	1989	713	1989	310	1990	244	1990	178	01.01.1987
Singapur	28.06.2004	2006	930	2007	157	2007	24	2007	171	01.01.2007
Slowakei	19.12.1980	1982	1.022	1982	904	1983	692	1983	486	01.01.1984
<small>(DBA mit Tschechoslowakei gilt fort, BGBl. 93 II S. 762)</small>										
Slowenien	03.05.2006	2006	1.091	2007	171	2007	213	2007	183	01.01.2007
Spanien	05.12.1966	1968	9	1968	296	1968	140	1968	544	01.01.1968
Sri Lanka	13.09.1979	1981	630	1981	610	1982	185	1982	373	01.01.1983
Südafrika	25.01.1973	1974	1.185	1974	850	1975	440	1975	640	01.01.1965
Syrien	17.02.2010	2010	1359	2011	345	2011	463	2011	358	01.01.2011
Tadschikistan	27.03.2003	2004	1.034	2005	15	2004	1.565	2005	27	01.01.2005
Thailand	10.07.1967	1968	589	1968	1.046	1968	1.104	1969	18	01.01.1967
Trinidad und Tobago	04.04.1973	1975	679	1975	697	1977	263	1977	192	01.01.1972
Tschechien	19.12.1980	1982	1.022	1982	904	1983	692	1983	486	01.01.1984
<small>(DBA mit Tschechoslowakei gilt fort, BGBl. 93 II S. 762)</small>										
Türkei	16.04.1985	1989	866	1989	471	1989	1.066	1989	482	01.01.1990
<small>gekündigt am 21. Juli 2009 mit Wirkung ab 01. Januar 2011</small>										
Tunesien	23.12.1975	1976	1.653	1976	498	1976	1.927	1977	4	01.01.1976
Turkmenistan	24.11.1981	1983	2	1983	90	1983	427	1983	352	01.01.1980
<small>(DBA mit UdSSR gilt fort, Bericht der Botschaft Aschabat vom 11. August 1999 – Nr. 377/99)</small>										
Ukraine	03.07.1995	1996	498	1996	675	1996	2.609	1996	1.421	01.01.1997
Ungarn	28.02.2011	2011	919							01.01.2012
Uruguay	05.05.1987	1988	1.060	1988	531	1990	740	1990	365	01.01.1991
	09.03.2010	2011	954							01.01.2012
Usbekistan	07.09.1999	2001	978	2001	765	2002	269	2002	239	01.01.2002
Venezuela	08.02.1995	1996	727	1996	611	1997	1.809	1997	938	01.01.1997
Vereinigte Arab. Emirate	09.04.1995	1996	518	1996	588	1996	1.221	1996	1.135	01.01.1992
<small>(verlängert bis 09.08.2008)</small>										
	04.07.2006	2007	746	2007	724	2007	1.467	2007	726	10.08.2006
	01.07.2010	2011	538	2011	942	2011	873	2011	955	01.01.2009
Vereinigtes Königreich	30.03.2010	2010	1.333	2011	469	2011	536	2011	485	01.01.2011
Vereinigte Staaten	29.08.1989/	1991	354	1991	94	1992	235	1992	262	01.01.1990
	01.06.2006	2006	1.184	2008	766	2008	117	2008	782	01.01.07/01.01.08
<small>(Bekanntmachung der Neufassung 04.06.2008)</small>										
Vietnam	16.11.1995	1996	2.622	1996	1.422	1997	752	1997	364	01.01.1997
Zypern	18.02.2011	2011	1068							01.01.2012

Anderungen sind durch seitliche Striche gekennzeichnet

Fortsetzung siehe nächste Seite

² Gilt nicht für die VSt

- 3 -

Abkommen mit	vom	Fundstelle				Inkrafttreten				Anwendung grundsätzlich ab
		BGBl. II		BStBl I		BGBl. II		BStBl I		
		Jg.	S.	Jg.	S.	Jg.	S.	Jg.	S.	
2. Abkommen auf dem Gebiet der Erbschaft- und Schenkungsteuern										
Dänemark ³	22.11.1995	1996	2.565	1996	1.219	1997	728	1997	624	01.01.1997
Frankreich	12.10.2006	2007	1.402	2009	1.258	2009	596	2009	1.266	03.04.2009
Griechenland	18.11.1910/ 01.12.1910	1912	173 ⁴	–	–	1953	525	1953	377	01.01.1953
Schweden ³	14.07.1992	1994	686	1994	422	1995	29	1995	88	01.01.1995
Schweiz	30.11.1978	1980	594	1980	243	1980	1.341	1980	786	28.09.1980
Vereinigte Staaten	03.12.1980/ 14.12.1998	1982 2000	847 1.170	1982 2001	765 110	1986 2001	860 62	1986 2001	478 114	01.01.1979 15.12.2000
3. Sonderabkommen betreffend Einkünfte und Vermögen von Schifffahrt (S)- und Luftfahrt (L)-Unternehmen⁵										
Brasilien (S) (Protokoll)	17.08.1950	1951	11	–	–	1952	604	–	–	10.05.1952
Chile (S) (Handelsvertrag)	02.02.1951	1952	325	–	–	1953	128	–	–	08.01.1952
China (S) (Seeverkehrsvertrag)	31.10.1975	1976	1.521	1976	496	1977	428	1977	452	29.03.1977
Hongkong (L)	08.05.1997	1998	2.064	1998	1.156	1999	26	2000	1.554	01.01.1998
Hongkong (S)	13.01.2003	2004	34	2005	610	2005	332	2005	613	01.01.1998
Insel Man (S)	02.03.2009	2010	968	–	–	–	–	–	–	–
Jemen (L)	02.03.2005	2006	538	2006	229	2007	214	2007	231	01.01.1982
Jugoslawien (S)	26.06.1954	1959	735	–	–	1959	1.259	–	–	23.10.1959
Kolumbien (S, L)	10.09.1965	1967	762	1967	24	1971	855	1971	340	01.01.1962
Paraguay (L)	27.01.1983	1984	644	1984	456	1985	623	1985	222	01.01.1979
Saudi-Arabien (L)	08.11.2007	2008	782	2009	866	2009	1.027	2009	869	01.01.1967
Venezuela (S, L)	23.11.1987	1989	373	1989	161	1989	1.065	1990	2	01.01.1990
4. Abkommen auf dem Gebiet der Rechts- und Amtshilfe und des Auskunftsaustauschs										
Anquilla	19.03.2010	2010	1.381	–	–	2011	948	–	–	01.01.2012
Bahamas	09.04.2010	2011	642	–	–	–	–	–	–	01.01.2012
Belgien ³	11.04.1967	1969	17	1969	38	1969	1.465	1969	468	01.01.1966
Britische Jungferninseln	05.10.2010	2011	895	–	–	–	–	–	–	01.01.2012
Dänemark ³	22.11.1995	1996	2.565	1996	1.219	1997	728	1997	624	01.01.1997
Finnland	25.09.1935	1936	37 ⁴	1936	94 ⁴	1954	740	1954	404	01.01.1936
Frankreich ³	21.07.1959	1961	397	1961	342	1961	1.659	1961	712	01.01.1957
Gibraltar	13.08.2009	2010	984	2011	521	2011	535	2011	527	01.01.2011
Guernsey	26.03.2009	2010	973	2011	514	2011	535	2011	520	01.01.2011
Insel Man	02.03.2009	2010	957	2011	503	2011	534	2011	509	01.01.2011
Italien	09.06.1938	1939	124 ⁴	1939	377 ⁴	1956	2.154	1957	142	23.01.1939
Jersey	04.07.2008	2009	578	2010	166	2010	38	2010	177	01.01.2010
Liechtenstein	02.09.2009	2010	950	2011	286	2011	326	2011	292	01.01.2010
Kaimaninseln	27.05.2010	2011	664	2011	841	2011	823	2011	848	01.01.2012
Luxemburg ³	23.08.1958	1959	1.269	1959	1.022	1960	1.532	1960	398	01.01.1957
Monaco	27.07.2010	–	–	–	–	–	–	–	–	01.01.2012
Niederlande	21.05.1999	2001	2	2001	66	2001	691	2001	539	23.06.2001
Norwegen ³	04.10.1991	1993	970	1993	655	1993	1.895	1993	926	01.01.1991
Österreich	04.10.1954	1955	833	1955	434	1955	926	1955	743	26.11.1955
San Marino ³	21.06.2010	2011	908	–	–	–	–	–	–	01.01.2012
Schweden ³	14.07.1992	1994	686	1994	422	1995	29	1995	88	01.01.1995
St. Vincent und Grenadinen	29.03.2010	2011	253	2011	777	2011	696	2011	784	01.01.2012
Turks und Caicos Inseln	04.06.2010	2011	882	–	–	–	–	–	–	01.01.2012

Änderungen sind durch seitliche Striche gekennzeichnet.

Fortsetzung siehe nächste Seite

³ Die Erbschaftsteuer bzw. Vorschriften zur Rechts- und Amtshilfe sind in den unter I.1. bzw. II.1 aufgeführten Abkommen enthalten.⁴ Angabe bezieht sich auf RGBl bzw. RStBl.⁵ Siehe auch Bekanntmachungen über die Steuerbefreiungen nach § 49 Abs. 4 EStG (und § 2 Abs. 3 VStG):
Äthiopien L (BStBl 1962 I S. 536),
Afghanistan L (BStBl 1964 I S. 411),
Bangladesch L (BStBl 1996 I S. 643),
Brasilien S, L (BStBl 2006 I S. 216),
Brunei Darussalam L (BStBl 2011 I S. 77),
Chile L (BStBl 1977 I S. 350),
China L (BStBl 1980 I S. 284),
Ghana S, L (BStBl 1985 I S. 222),
Irak S, L (BStBl 1972 I S. 490),
Jordanien L (BStBl 1976 I S. 278),
Katar L (BStBl 2006 I S. 3) - anzuwenden ab 1. Januar 2001 -
Libanon S, L (BStBl 1959 I S. 198),
Litauen L (BStBl 1995 I S. 416),
Papua-Neuguinea L (BStBl 1989 I S. 115),
Seychellen L (BStBl 1998 I S. 582),
Sudan L (BStBl 1983 I S. 370),
Taiwan S (BStBl 1988 I S. 423) und
Zaire S, L (BStBl 1990 I S. 178).

- 4 -

Abkommen		Fundstelle				Inkrafttreten				Anwendung grundsätzlich ab
mit	vom	BGBl. II		BStBl I		BGBl. II		BStBl I		
		Jg.	S.	Jg.	S.	Jg.	S.	Jg.	S.	
5. Abkommen auf dem Gebiet der Kraftfahrzeugsteuer										
Armenien	21.02.1980	1980	890	1980	467	1980	1.484	1980	789	30.11.1980
(DBA mit UdSSR gilt fort, BGBl. 93 II S. 169)										
Aserbaidschan	21.02.1980	1980	890	1980	467	1980	1.484	1980	789	30.11.1980
(DBA mit UdSSR gilt fort, BGBl. 96 II S. 2.471)										
Belarus (Weißrussland)	21.02.1980	1980	890	1980	467	1980	1.484	1980	789	30.11.1980
(DBA mit UdSSR gilt fort, BGBl. 94 II S. 2.533)										
Belgien ⁶	17.12.1964	1966	1.508	1966	954	1967	1.748	–	–	01.04.1967
Bulgarien	12.02.1980	1980	888	1980	465	1980	1.488	1980	789	25.10.1980
Dänemark ⁶	19.07.1931/25.07.1931	–	–	1931	562 ⁷	–	–	–	1954 ⁸	01.11.1953
Finnland ⁶	31.03.1978	1979	1.317	1980	64	1980	212	1980	788	01.03.1980
Frankreich ⁶	03.11.1969	1970	1.317	1971	82	1971	206	1971	305	01.02.1971
Georgien	21.02.1980	1980	890	1980	467	1980	1.484	1980	789	30.11.1980
(DBA mit UdSSR gilt fort, BGBl. 92 II S. 1.128)										
Griechenland ⁶	21.09.1977	1979	406	1979	310	1979	1.049	1980	63	01.08.1979
Iran, Islamische Republik	17.03.1992	1993	914	1993	640	1995	992	1995	820	12.08.1995
Irland ⁵	10.12.1976	1978	1.009	1978	344	1978	1.264	1978	460	01.10.1978
Israel	02.12.1983	1984	964	1984	615	1987	186	1987	374	01.02.1987
Italien ⁶	18.02.1976	1978	1.005	1978	341	1979	912	1980	63	04.01.1979
Kasachstan	21.02.1980	1980	890	1980	467	1980	1.484	1980	789	30.11.1980
(DBA mit UdSSR gilt fort, BGBl. 92 II S. 1.120)										
Kirgisistan	21.02.1980	1980	890	1980	467	1980	1.484	1980	789	30.11.1980
(DBA mit UdSSR gilt fort, BGBl. 92 II S. 1.015)										
Kroatien	09.12.1996	1998	182	1998	160	1998	2.373	1998	1.426	25.06.1998
Lettland ⁹	21.02.1997	1998	958	1998	624	1998	2.947	1999	164	22.10.1998
Liechtenstein	29.01.1934/27.02.1934	–	–	1934	288 ⁷	–	–	1934	288 ⁷	01.04.1934
Luxemburg ⁵	31.01.1930/11.03.1930	–	–	1930	454 ⁷	–	–	1930	454 ⁷	01.04.1930
Moldau, Republik	21.02.1980	1980	890	1980	467	1980	1.484	1980	789	30.11.1980
(DBA mit UdSSR gilt fort, BGBl. 96 II S. 768)										
Niederlande ⁶	31.01/23.04/19.05.1930	–	–	1930	454 ⁷	–	–	1930	454 ⁷	01.06.1930
Norwegen	11.11.1983	1984	674	1984	486	1984	1.047	1985	125	01.11.1984
Österreich ⁶	18.11.1969	1970	1.320	1971	85	1971	215	1971	305	16.04.1971
Polen	19.07.1976	1978	1.012	1978	346	1978	1.328	1978	589	07.10.1978
Portugal ⁶	24.07.1979	1980	886	1980	463	1982	1.186	1983	17	01.01.1983
Rumänien ⁹	31.10.1973	1975	453	1975	621	1975	1.137	–	–	01.07.1975
Russische Föderation	21.02.1980	1980	890	1980	467	1980	1.484	1980	789	30.11.1980
(DBA mit UdSSR gilt fort, BGBl. 92 II S. 1.016)										
San Marino	06.05.1986	1987	339	1987	465	1990	14	1990	56	01.10.1987
Schweden ⁶	15.07.1977	1979	409	1979	308	1979	1.140	1980	63	01.09.1979
Schweiz ¹⁰	20.06.1928	–	–	1930	563 ⁷	–	–	1930	563 ⁷	15.07.1928
Slowakei	08.02.1990	1991	662	1991	508	1992	594	1992	454	27.05.1992
(DBA mit Tschechoslowakei gilt fort, BGBl. 93 II S. 762)										
Spanien ⁶	08.03.1979	1979	1.320	1980	66	1980	900	1980	788	01.06.1980
Tadschikistan	21.02.1980	1980	890	1980	467	1980	1.484	1980	789	30.11.1980
(DBA mit UdSSR gilt fort, BGBl. 95 II S. 255)										
Türkei	30.05.1983	1984	594	1984	414	1985	55	1985	12	01.11.1984
Tunesien	30.03.1984	1984	962	1984	613	1986	675	1986	319	01.05.1986
Ukraine	21.02.1980	1980	890	1980	467	1980	1.484	1980	789	30.11.1980
(DBA mit UdSSR gilt fort, BGBl. 93 II S. 1.189)										
Ungarn ⁹	12.02.1981	1982	291	1982	393	1982	640	1982	630	11.06.1982
Usbekistan	21.02.1980	1980	890	1980	467	1980	1.484	1980	789	30.11.1980
(DBA mit UdSSR gilt fort, BGBl. 95 II S. 205)										
Vereinigtes Königreich ⁶	05.11.1971	1973	340	1973	495	1975	1.437	–	–	01.09.1973
Zypern	22.04.1980	1981	1.018	1981	742	1982	176	1982	376	01.02.1982

Änderungen sind durch seitliche Striche gekennzeichnet

Fortsetzung siehe nächste Seite

⁶ Siehe auch Artikel 5 der Richtlinie 1999/62/EG vom 17.06.1999 (ABl. EG L 187 S. 42) i.V.m. § 1 Abs. 1 Nr. 2 KraftStG (BGBl. I 2002 S. 3819) und Richtlinie 83/182/EWG vom 28.03.1983 (ABl. EG L 105 S. 59) i.V.m. § 3 Nr. 13 KraftStG.⁷ Angabe bezieht sich auf RGBl bzw. RStBl.⁸ Bundesanzeiger Nr. 123 vom 01.07.1954 S. 2.⁹ Siehe auch Interbus-Übereinkommen, welches bis 30. Juni 2001 zur Unterzeichnung aufлаг (ABl. EG 2002 L 321 S. 11, 44); gilt ab 1. Januar 2003 zugleich für Litauen und Slowenien.¹⁰ Siehe auch Verordnungen über die kraftfahrzeugsteuerliche Behandlung von schweizerischen Straßenfahrzeugen im grenzüberschreitenden Verkehr vom 27.03.1985 (BGBl. I S. 615) und vom 18.05.1994 (BGBl. I S. 1076).

- 5 -

II. Künftige Abkommen und laufende Verhandlungen

Abkommen mit	Art des Abkommens ¹¹	Sachstand ¹²	Geltung für		Bemerkungen
			Veranlagungssteuern ¹³ ab	Abzugsteuern ¹⁴ ab	
1. Abkommen auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen					
Ägypten	R-A	P: 01.08.2005	KR	KR	
Argentinien	R-A	V:			
Australien	R-A	V:			
Belgien	R-A	P: 16.10.2009	KR		
	R-P	U: 21.01.2010	01.01.2010		
China	R-A	P: 12.07.2011	KR	KR	
Costa Rica	A	P: 16.10.2009			
Ecuador	R-A	V:			
Finnland	R-A	P: 31.03.2011			
Frankreich	E-P	P: 15.10.2008	KR	KR	
Georgien	R-P	V:			
Griechenland	R-A	P: 02.10.2009	KR	KR	
Indien	R-P	V:			
Indonesien	R-A	V:			
Iran	R-A	V:			
Irland	R-A	U: 30.03.2011	KR	KR	
Island	R-A	P: 12.07.2011	KR	KR	
Israel	R-A	P: 08.06.2009			
Italien	R-P	V:			
Japan	R-A	V:			
Jordanien	A	V:			
Katar	A	V:			
Kolumbien	A	V:			
Kroatien	R-P	V:			
Libyen	A	V:			
Liechtenstein	A	U: 17.11.2011	KR	KR	
Luxemburg	R-A	P: 09.09.2011			
Marokko	R-A	V:			
Mauritius	R-A	U: 07.10.2011			
Mazedonien	R-P	V:			
Niederlande	R-A	P: 21.04.2011	KR	KR	
Norwegen	R-P	P: 23.06.2011	KR	KR	
Oman	A	P: 12.04.2002	KR	KR	
Portugal	R-A	V:			
Serbien	A	V:			
Singapur	R-P	V:			
Slowenien	R-P	U: 17.05.2011	KR	KR	
Spanien	R-A	U: 03.02.2011	KR	KR	
Sri Lanka	R-A	V:			
Südafrika	R-A	U: 09.09.2008	KR	KR	
Türkei	R-A	U: 19.09.2011	01.01.2011	01.01.2011	
Tunesien	R-A	P: 04.06.2010	KR	KR	
Turkmenistan	A	V:			
Ukraine	R-P	V:			
Venezuela	R-P	V:			
2. Abkommen auf dem Gebiet der Erbschaft- und Schenkungsteuern					
Finnland	A	V:			
Italien	A	V:			
3. Sonderabkommen betreffend Einkünfte und Vermögen von Schifffahrt (S)- und Luftfahrt (L)-Unternehmen					
Bahrain	A (L)	P: 08.07.2010	KR	KR	

¹¹ A: Erstmaliges Abkommen

R-A: Revisionsabkommen als Ersatz eines bestehenden Abkommens

R-P: Revisionsprotokoll zu einem bestehenden Abkommen

E-P: Ergänzungsprotokoll zu einem bestehenden Abkommen

¹² V: Verhandlung

P: Paraphierung

U: Unterzeichnung hat stattgefunden, Gesetzgebungs- oder Ratifikationsverfahren noch nicht abgeschlossen

¹³ Einkommen-, Körperschaft-, Gewerbe- und Vermögensteuer KR: Keine Rückwirkung vorgesehen¹⁴ Abzugsteuern von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren KR: Keine Rückwirkung vorgesehen

– 6 –

Abkommen mit	Art des Abkommens ¹⁵	Sachstand ¹⁶	Geltung für		Bemerkungen
			Veranlagungssteuern ¹⁷ ab	Abzugsteuern ¹⁸ ab	
4. Abkommen auf dem Gebiet der Amtshilfe und des Auskunftsaustauschs					
Andorra	A	U: 25.11.2010	KR	KR	
Antigua & Barbuda	A	U: 19.10.2010	KR	KR	
Aruba	A	P: 14.09.2009	KR	KR	
Bahrain	A	P: 08.07.2010	KR	KR	
Barbados	A	P: 30.11.2011	KR	KR	
Bermuda	A	U: 03.07.2009	KR	KR	
Brunei	A	V:			
Dominica	A	U: 21.09.2010	KR	KR	
Grenada	A	U: 03.02.2011	KR	KR	
Macau	A	V:			
Monserat	A	U: 28.10.2011	KR	KR	
Niederländische Antillen	A	P: 15.09.2009	KR	KR	
St. Kitts und Nevis	A	P: 11.02.2010	KR	KR	
St. Lucia	A	U: 07.06.2010	KR	KR	
5. Abkommen auf dem Gebiet der Kraftfahrzeugsteuer					
Belarus (Weißrussland)	R-A	P: 10.10.2002	–	–	
Marokko	A	V:			
Slowenien	A	V:	–	–	

Anderungen sind durch seitliche Striche gekennzeichnet

- ¹⁵ A: Erstmaliges Abkommen
R-A: Revisionsabkommen als Ersatz eines bestehenden Abkommens
R-P: Revisionsprotokoll zu einem bestehenden Abkommen
E-P: Ergänzungsprotokoll zu einem bestehenden Abkommen
- ¹⁶ V: Verhandlung
P: Paraphierung
U: Unterzeichnung hat stattgefunden, Gesetzgebungs- oder Ratifikationsverfahren noch nicht abgeschlossen
- ¹⁷ Einkommen-, Körperschaft-, Gewerbe- und Vermögensteuer KR: Keine Rückwirkung vorgesehen
- ¹⁸ Abzugsteuern von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren KR: Keine Rückwirkung vorgesehen